

MEINUNGSFREIHEIT IN GEFAHR. DURCH CANCEL CULTURE.

## Die Gedanken sind frei. Die Universitäten auch?

Kennen Sie Professor Sucharit Bhakdi? Nein? Das könnte daran liegen, dass dieser renommierte Virologe von YouTube gesperrt wurde, weil er sich gegen die Corona-Maßnahmen der Regierenden aussprach. Die Satirikerin Lisa Eckhart wurde unlängst von einem Literaturfestival wieder ausgeladen, weil der Veranstalter Angst vor einer „Sprengrung“ der Veranstaltung durch linke Aktivisten hatte. An unseren Universitäten besetzen solche Aktivisten regelmäßig Hörsäle, um Veranstaltungen zu verhindern,

auf denen ihnen nicht genehme Professoren auftreten sollen. Das alles ist Cancel Culture, wie sie in Deutschland praktiziert wird. Linke Aktivisten machen Andersdenkende mundtot, um der Debatte aus dem Weg zu gehen. In Großbritannien hat die Regierung bereits erkannt, welche Gefahr Cancel Culture für die freie Rede und die Demokratie ist und gesetzgeberisch eingegriffen. In Deutschland sieht die Bundesregierung Cancel Culture nicht als Problem. Das ist ein Skandal.

### ► Wir müssen handeln!

**Wir müssen die Meinungsfreiheit verteidigen. On- und Offline.  
Unsere Demokratie hängt davon ab. Wir fordern daher:**

- **Die Abschaffung des NetzDG** und die Einhaltung rechtsstaatlicher Prinzipien auch im digitalen Bereich
- **Die Abschaffung der Upload-Filter**, einer automatisierten Form der Zensur
- **Kündigung und Reformierung der Medienstaatsverträge** für einen echten Wettbewerb von Anbietern
- **Die Beendigung der staatlichen Finanzierung** von Meinungswächtern und Aktivisten wie „correctiv“ & Antifa
- **Die Bekämpfung der „Cancel Culture“:** zurück zur freien Debatte – ob an unseren Universitäten, auf unseren Bühnen oder in unseren Medien

### ► Sie denken, was wir denken?

Dann unterstützen Sie unsere Arbeit doch mit einer Spende. Spenden sind in der Regel steuerlich absetzbar.

#### Bankverbindung:

Alternative für Deutschland  
Berliner Volksbank  
IBAN: DE94 1009 0000 2661 2620 20  
BIC: BEVODE33

Erfahren Sie mehr unter:

[www.afd.de/meinungsfreiheit](http://www.afd.de/meinungsfreiheit)

#### Herausgeber:

Alternative für Deutschland  
Bundesverband  
Schillstraße 9  
10785 Berlin



# Damit aus dem Netz kein Käfig wird.

NetzDG, Uploadfilter,  
Cancel Culture: Die  
Meinungsfreiheit ist in  
Gefahr. On- und Offline.  
**Wir müssen für  
sie kämpfen.**



**Deutschland.  
Aber normal.**



DIE MEINUNGSFREIHEIT IST IN GEFAHR.

## Wo es nur noch die „richtige“ Meinung gibt, gibt es keine richtige Meinungsfreiheit mehr.

Die Meinungsfreiheit ist das Fundament unserer Demokratie. Wenn wir unsere Argumente nicht mehr frei austauschen können, landen wir ganz schnell in einer „Meinungsdiktatur“, in der nur noch „die Guten“ das Sagen haben. Und wer „die Guten“ sind, bestimmen in der Regel „die Mächtigen“. Wenn Sie meinen, dass das Panikmache ist, bedenken Sie, was in Deutschland heute bereits möglich ist: ein renommierter Arzt und Professor wurde von YouTube verbannt, weil er es wagte, der Corona-Politik der Bundesregierung zu widersprechen. Ein WDR-Rundfunkrat forderte jüngst Berufsverbot für Schauspieler, die sich in satirischen Videos über die Politik lustig gemacht hatten. Ganz normale Bürger müssen mit Mobbing, Jobverlust oder einem Besuch von der Antifa oder der Staatsanwaltschaft rechnen, weil sie auf Facebook mal das vermeintlich „Falsche“ geliked haben. Diese Tendenzen werden von Regierungen, Teilen der Medien und selbsternannten Meinungspolizisten befördert. Hätte man keinen Kalender, man könnte denken, das Jahr 1984 stünde kurz bevor. Das hält unsere Demokratie nicht aus. **Die AfD kämpft dafür, dass es wieder ganz normal wird, die eigene Meinung auszusprechen: in den sozialen Medien, in der Schule, an der Uni, am Arbeitsplatz – wo auch immer sich die Bürger dieses Landes austauschen möchten.**

**Joana Cotar**  
Digitalpolitische  
Sprecherin der  
AfD-Bundestagsfraktion

DAS NETZ-DG.

## Zensur ist immer falsch. Egal ob von Regierungen oder Konzernen.

In unserem Grundgesetz steht immer noch: „Eine Zensur findet nicht statt.“, doch dieses Grundrecht hebelt die Regierung gerade mithilfe des Netzwerkdurchsetzungsgesetzes aus, das Social-Media-Plattformen dazu zwingt, Beiträge auf Rechtsverstöße zu prüfen und ggf. zu löschen. Dies führt nachweislich zum sogenannten „Over-Blocking“, also zu einer Zensur von

Beiträgen, die keinerlei Rechtsverstoß beinhalten. Wir fordern die Abschaffung des NetzDG und die Einhaltung rechtsstaatlicher Prinzipien auch im digitalen Bereich. Die Betreiber von Social-Media-Plattformen sollen zu inhaltlicher Neutralität verpflichtet werden. Nur so können Demokratie und Meinungsfreiheit funktionieren.



DER MEDIENSTAATSVERTRAG.

## Ist Ihr Lieblings-Blog in Gefahr?

Das Internet hat die ehemaligen Nachrichten-Monopole wie Tagesschau oder Tageszeitungen zerschlagen. Es entstand ein neuer, unabhängiger Journalismus. Dieser äußert sich vielfältig: in Blogs oder auf YouTube-Kanälen. Nun will die Regierung uns diese Freiheit wieder wegnehmen: § 19 des Medienstaatsvertrags macht die Landesmedienanstalten zum Kontrollgremium

auch für Blogs, Videokanäle und Konten auf Social-Media-Plattformen. Die Landesmedienanstalt kann willkürlich unter Hinweis auf schwammige Rechtsbegriffe (z. B. dem der „journalistischen Sorgfaltspflicht“) vom Betreiber die Umformulierung oder die Löschung ganzer Beiträge verlangen. Das ist ein Akt der Zensur gegenüber missliebigen Meinungen, Positionen und Argumenten.